

SCHWARZ-ROT Die Große Koalition nach Müntefering. Welche Herausforderungen vor ihr liegen

Abgang mit Folgen

KONFRONTATION Post-Mindestlohn gescheitert, der Arbeitsminister zurückgetreten: Das Bündnis in Berlin steckt in seiner bislang schwierigsten Phase. Union und SPD drohen turbulente Monate

Von Jan Kuhlmann und Robin Mishra

Mit dem roten Schal in der Hand zieht er ein letztes Mal in den Saal der Bundespressekonzferenz ein. „Hat Spaß gemacht“, sagt Franz Müntefering, bevor er offiziell verkündet, was die Journalisten schon längst wissen. Eine Radioredakteurin sammelt Stimmen: Wo waren Sie, als Sie von Münteferings Rücktritt erfahren haben? So, als sei dieser Tag einer der großen Erinnerungsmomente wie der Wimbledon Sieg Boris Beckers oder der Tod von Lady Diana. Jeder weiß, wo er damals war. Von diesem Tag wird im Gedächtnis bleiben, dass mit dem SPD-Arbeitsminister ein politisches Urgestein ein letztes Mal so ganz großer Form aufläuft. Über den Streit beim Koalitionsausschuss: „Da haben wir uns auch schon mal stehend unterhalten.“ Wie haben die beiden wichtigsten Damen in seinem Leben reagiert? „Meine Frau findet das gut und die Kanzlerin nicht.“

Münteferings Schritt hat rein private Gründe. Seine Frau ist schwer an Krebs erkrankt, er wolle eng bei ihr sein, sagt er. Für die Sozialdemokraten ist sein Rücktritt ein Schock, für die Große Koalition eine schlechte Nachricht, schließlich war Müntefering trotz aller Streitigkeiten eine stabile Säule des Bündnisses. SPD-Parteichef Kurt Beck tritt am Dienstagmittag mit Trauerstimme vor die Journalisten im Willy-Brandt-Haus. Selbst das Licht in der SPD-Parteizentrale ist gedämpft. Er habe den Arbeitsminister noch gefragt, ob man ihn entlasten könne, damit er im Amt bleibe, erzählt Beck: „Aber Franz Müntefering hat sich diesen Schritt gut überlegt und keine leichtfertige Entscheidung getroffen.“ Glücklicherweise sieht der SPD-Chef nicht aus.

Der Rückzug des Vizekanzlers kommt zu einer Zeit, in der Reibereien das Klima zwischen Union und SPD ohnehin heftig aufgeheizt haben. Spätestens seit Merkels Nein zum Post-Mindestlohn laufen viele Sozialdemokraten in Berlin mit der Faust in der Tasche herum. „Die Kanzlerin ist erneut wortbrüchig geworden, das ist unanständig“, sagt der Bonner SPD-Abgeordnete Ulrich Kelber. „Merkel ist unzuverlässig und schwach.“ Die Koalition sei in ihrer bislang schwierigsten Phase, heißt es bei anderen. Geringer dürften die Spannungen vor den drei Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg Anfang 2008 nicht werden. Im Gegenteil: Union und SPD schärfen derzeit ihr Profil und grenzen sich auf der Jagd nach Wählern voneinander ab. Heftige Konfrontationen inklusive.

Parteitag als Aufbruch

Die Sozialdemokraten haben auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg vor drei Wochen neues Selbstvertrauen gewonnen, mit dem sie die Union angreifen: Das Treffen war für sie ein Wohlgefühlprogramm, das weiter wirken dürfte, wenn der Müntefering-Schock verdaut ist. Verlängerte Ausszahlung des Arbeitslosengeldes I an Ältere, Post-Mindestlohn, Bahnprivatisierung nur mit „Volksaktien“, Tempo 130 – die SPD ist in der Hansestadt nach den Schröder-Agenda-Jahren



Bald Ex-Arbeitsminister: SPD-Vizekanzler Müntefering war in der Großen Koalition eine Stabilitätssäule.

FOTO: DDP

wieder linker und sozialdemokratischer geworden. In der Heimat hören die Parlamentarier dafür viel Lob. Der Parteitag sei ein „Aufbruchsignal“ gewesen, sagt die Parteilinke Elke Ferner: „Die SPD-Mitglieder vor Ort – auch die Abgeordneten – können jetzt wieder aufrechter in unsere Wahlkreise gehen.“

Die Zufriedenheit in der SPD mit sich selbst reicht von den Linken bis zu den Rechten des Seeheimer Kreises. Die Nachfolgeregelung für Müntefering dürfe daran nichts ändern. Der künftige Arbeitsminister Olaf Scholz hat sich als parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion den Ruf erworben, ein durchsetzungsstarker und verhandlungssicherer Politiker zu sein. Er polarisiert nicht, mit ihm können alle Flügel leben. Als Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht kennt er sich mit der Materie aus. Eine andere Wahl gab es ohnehin nicht. Beck habe nie ernsthaft mit dem Gedanken gespielt, nach Berlin zu gehen, heißt es. Er sei als erster Mann in Mainz einflussreicher als als zweiter in der Hauptstadt. Beck selbst sagt, es wäre ein Fehler, nach Berlin zu gehen. In der jetzigen Konstellation gebe es für die SPD „größere Spielräume“. Die

neue SPD-Vize Andrea Nahles antwortete schon gleich am Dienstagmorgen auf die Journalistenfrage, ob sie Arbeitsministerin werde, per SMS: „Werde ich nicht.“ Die Parteilinke wäre bei den Seeheimern nicht durchzusetzen gewesen.

Die nächsten Monate werden für die Sozialdemokraten entscheidende sein. Noch gleicht die Nach-Parteitags-Selbstsicherheit der SPD einem Börsenkurs, der nicht den tatsächlichen Wert eines Unternehmens widerspiegelt, sondern Erwartungen für die Zukunft eingepreist hat. Bislang hat das Hamburger Treffen die SPD noch nicht aus dem Umfragetief herausgeholt. Die Partei hofft auf Erfolge bei den drei Landtagswahlen in Hamburg, Hessen und Niedersachsen. Auf dem Papier stehen die Chancen dafür immerhin recht gut. In allen drei Ländern waren die Ergebnisse der Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen so schlecht, dass sie auf jeden Fall zulegen dürften. Das ließe sich zumindest als Teilsieg verbuchen, selbst wenn es nicht für eine Regierungsbeteiligung reicht.

Auch die Union ist auf der Suche nach ihrem Kurs. Bei CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer platzt die Nachricht von

Münteferings Rücktritt mitten in den weiß-blauen Stammtisch. Gerade hatte Ramsauer bei seiner Runde mit den Journalisten noch die „gute Atmosphäre“ im Koalitionsausschuss gelobt. Nun aber ringt er nach Worten. Münteferings Rückzug, so erinnert er sich, habe sich in der Nacht noch nicht angedeutet. Den Schaden für die Große Koalition versucht Ramsauer verbal zu begrenzen. Wenn ein Scharnier herausbreche, baue man eben ein neues ein, gibt er sich als Hobbyheimwerker. Die Große Koalition sei nicht betroffen, die CDU/CSU der „stabile Teil“ der Koalition, versichert später Unionsfraktionschef Volker Kauder.

Auch die Union ist erschrocken

Doch nicht alle in den Reihen der Union teilen diesen Optimismus. „Ich bin wirklich erschrocken“, sagt Georg Brunnhuber, gewöhnlich nicht leicht aus der Ruhe zu bringender Chef der baden-württembergischen Landesgruppe. „Viele Kollegen sind verunsichert, weil Müntefering für uns der stabile Faktor in der Regierung, ja geradezu der Garant war, dass der Koalitionsvertrag Punkt für



Der Nachfolger: Olaf Scholz ist für alle SPD-Flügel akzeptabel.

FOTO: CHRISTIAN THIEL

Punkt abgearbeitet wird.“ Auch habe sich der Arbeitsminister mit Angela Merkel wirklich gut verstanden. Der neue Arbeitsminister Scholz werde künftig in seiner bisherigen Funktion als parlamentarischer Geschäftsführer fehlen. „Der hat mit dem Norbert Röttgen eine Linie gefunden. Die können miteinander“, erinnert sich Brunnhuber.

Münteferings Rücktritt erwischt die Unionsfraktion in einer Phase relativer Stabilität. „Wir sind die Partei, die vom Aufschwung profitiert. Unsere Mittelständler sind zufrieden, weil die Auftragsbücher voll sind“, berichtet Brunnhuber. „Und Angela Merkel hat an der Basis eine Zuneigung, die alles andere überdeckt.“

Das aber muss nicht so bleiben. Bei manchem Abgeordneten hat sich Frust breitgemacht. Jens Spahn etwa, junger Gesundheits- und Sozialpolitiker, ist auf Arbeitsebene in zahlreiche Kleinkriege mit den Sozialdemokraten verstrickt. Zuletzt probte er den Aufstand gegen Ulla Schmidts Forderung nach einer zehntägigen Pflegezeit. „Es ist immer das gleiche Spiel. Die SPD schlägt etwas vor, was nicht im Koalitionsvertrag steht, und wir müssen dann Zugeständnisse machen, um es wieder herauszuverhandeln“, sagt Spahn.

Doch auch den eigenen Reihen wirft Spahn zu große Nachgiebigkeit vor – und meint damit besonders die CDU-Wahlkämpfer aus Hessen und Niedersachsen. Die vom Koalitionsausschuss durchgewinkte Verlängerung des Arbeitslosengeldes I ist ihm ein Dorn im Auge. „Es darf nicht sein, dass die Union ihr Profil opfert, nur weil unsere Wahlkämpfer das so wollen“, klagt er. Dagegen ist Jürgen Gehb, Chef der hessischen Landesgruppe, vor allem am Erfolg Roland Kochs interessiert. „Per se ist es eine falsche Entscheidung“, kommentiert er die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I. „Aber kein Wahlkämpfer möchte im Moment ein so neidträchtiges Thema auf dem Tisch haben, deshalb muss es abgeräumt werden.“

Angesichts dieser widerstreitenden Interessen lautet die bange Frage, welche Botschaft eigentlich vom Hannoveraner CDU-Parteitag Anfang Dezember aus-

gehen soll. Auf weitere Reformen setzen? Viel soziale Salbe auftragen? Georg Brunnhuber will das eine tun und das andere nicht lassen. „Da die SPD die Mitte freigegeben hat, wird die Botschaft unseres Geschäftsführers fehlen. Die CDU hält Flagge beim Reformkurs und macht eine Politik, die allen Arbeitnehmern nutzt.“

Angriffe auf die Kanzlerin

Die Gegenstrategie der SPD für die nächsten Monate hat vor allem zwei Säulen: Einerseits werden die Sozialdemokraten Kanzlerin Merkel verstärkt angreifen und ihr, wo es nur geht, Führungsschwäche und Unzuverlässigkeit unterstellen. „Angela Merkel ist ein Chamäleon“, sagt Ernst-Dieter Rossmann, Sprecher der Parlamentarischen Linken im Bundestag. „Je nachdem, wo sie auftritt, sagt sie etwas Unterschiedliches.“ Andererseits will sich die SPD als Partei der „sozialen Gerechtigkeit“ profilieren. Das bei den Wählern populäre Thema Mindestlohn kommt ihr da wie gerufen, um die Union in die Ecke zu drängen. Nach den Postdiensten dürften weitere Branchen darauf drängen, das Entsendegesetz auf sie anzuwenden. Auf die Unterstützung der SPD können sie zählen: „Das wird jedes Mal das gleiche Gezicke wie bei den Briefdienstleistern geben“, prophezeit der künftige Arbeitsminister Olaf Scholz. „Darauf freue ich mich so sehr, ich kann's gar nicht sagen.“

Die Zusammenarbeit mit der Union wird vor diesem Hintergrund schwieriger werden. Auch der Koalitionsvertrag reicht kaum noch als sichere Grundlage aus, weil er im Wesentlichen abgearbeitet ist. „Wir bewegen uns jetzt auf einem freien Feld“, sagt der bayrische SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler. „Wir müssen uns die Gemeinsamkeiten nun ständig neu erkämpfen.“ Konfliktpunkte gibt es genug: Mindestlohn, „Zwangsverrentung“, Bahnprivatisierung, Online-Durchscheidung, Pflegeurlaub. Vor einem Bruch steht Schwarz-Rot derzeit nicht. Stiegler legt trotzdem die Stirn in Falten: Die Große Koalition befindet sich in heftigen Turbulenzen. Das werden lebhaftere Zeiten.

FRAGEN AN GERD LANGGUTH

„Es gibt keinen Münte zwei“

GENERATIONSWECHSEL Der Bonner Politologe analysiert, welche Konsequenzen Franz Münteferings Ausscheiden für die SPD hat

Rheinischer Merkur: Mit Franz Müntefering geht das letzte politische Schwergewicht aus der Ära Schröder. Was bedeutet das für die SPD?

Gerd Langguth: Der Garant einer guten Zusammenarbeit der SPD mit Angela Merkel ist nicht mehr im Amt. Das ist die schwerwiegendste Folge. Trotz mancher Differenzen gab es immer eine Gesprächsbasis zwischen der Bundeskanzlerin und ihrem Stellvertreter. Mit seinem Rücktritt wird sich der Abschied der SPD von der Agenda 2010 beschleunigen und endgültig die Ära danach eingeläutet.

RM: Welche Rolle spielte Müntefering für die SPD?

Langguth: Er war einer der letzten Vertreter der klassischen SPD-Arbeiterbataillone. Auch außerhalb der SPD hatte er sich mit seiner manchmal sturen Haltung einen Namen gemacht als jemand, der hinter seinen Überzeugungen stand.

RM: Hinter vorgehaltener Hand wurde sein Führungsstil in der SPD als

„Stalinismus mit menschlichem Antlitz“ bezeichnet. Eine zutreffende Beschreibung?

Langguth: Er galt in seiner Partei als wenig zugänglich, fast einsam. Nicht einmal Schröder gelang es, Freundschaft zu ihm zu entwickeln. In seiner eigenen Partei war er wenig kommunikationsfreudig, wenn er seine Ziele umsetzen wollte. So hat er nicht gesehen oder wollte es nicht sehen, dass sein Kandidat für das Amt des Generalsekretärs 2005 durchfallen könnte. Dies ist das beste Beispiel dafür, dass er die Mehrheiten in seiner eigenen Partei nicht immer richtig eingeschätzt hat.

RM: Die Rolle des klassischen Arbeitnehmervertreters ist in der Sozialdemokratischen Partei nun vakant. Wer kann die Lücke füllen?

Langguth: Am ehesten noch Kurt Beck selbst. Alle anderen führenden SPD-Politiker sind inzwischen gehobene Angestellte oder Beamte. Es gibt keinen Müntefering zwei. Dieser Politikertypus ist in



Gerd Langguth ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. FOTO: PETER FRISCHMUTH/ARGUS

der Sozialdemokratie ausgestorben. Das verändert das Bild der Partei massiv.

RM: Sein Rücktritt erfolgte angeblich nur aus privaten Gründen. Ist das die einzige Erklärung? Die Koalition konnte sich nicht auf einen Mindestlohn für die Postbranche einigen, in der SPD musste er eine Niederlage beim Streit ums Arbeitslosengeld einstecken...

Langguth: Die Öffentlichkeit muss es respektieren, wenn das schwere Schicksal einer Ehefrau einen politischen Weg abbricht. Ich glaube allerdings, dass der Vertrauensentzug, den ihm seine eigene Partei zugefügt hat, schmerzlicher für ihn war als der Mangel an politischen Ergebnissen in der Großen Koalition.

RM: Olaf Scholz soll neuer Arbeitsminister werden. Ist die Erklärung für diese Personalie, dass sowohl SPD-Linke als auch der konservative Seeheimer Kreis mit ihm leben können?

Langguth: Olaf Scholz, zumal ehemaliger Hamburger Innensenator und damit in

Regierungsarbeit erfahren, darf man nicht unterschätzen. Er hat sich als parlamentarischer Geschäftsführer den Ruf erworben, verlässlich zu sein. Deshalb kann er auch eher integrieren als jemand, der von einem der SPD-Flügel stammt. Die Bundeskanzlerin wird sich allerdings umstellen müssen. Olaf Scholz wird weniger kantig agieren und dürfte sich mehr als Umsetzer des Parteiwillens verstehen, während Franz Müntefering am Ende seiner politischen Laufbahn stärker das Gesamtwohl der Politik im Auge gehabt haben dürfte.

RM: Der künftige Vizekanzler soll Frank-Walter Steinmeier heißen. Wird mit dem Bundesaußenminister eine Person aufgewertet, die Beck Konkurrenz machen könnte?

Langguth: Ja, aber Kurt Becks Position innerhalb der SPD ist zurzeit so gefestigt, dass seine mögliche Kanzlerkandidatur auch durch Steinmeier nicht gefährdet werden könnte.

RM: Weshalb wird Beck nicht selbst Vizekanzler?

Langguth: Er könnte in der Tat ein stärkeres bundespolitisches Profil gewinnen, wenn er als Vizekanzler in die Große Koalition einträte. Beck spielt stattdessen die Rolle eines Liberos. Er geht offenbar davon aus, dass er seine Freiheit als Parteivorsitzender besser bewahren kann, wenn er nicht in die Regierungsdisziplin eingebunden ist.

RM: Liegt er damit richtig?

Langguth: Ich halte das für eine Fehlentscheidung. Nur wenn er sich als Mitglied einer Bundesregierung profiliert, könnte er die notwendige Statur erhalten, um als ernst zu nehmender Kanzlerkandidat der SPD zu erscheinen. Mit seiner Entscheidung, in der rheinland-pfälzischen Provinz zu bleiben, hat er bereits den Keim des Scheiterns seiner Ambitionen auf die Kanzlerschaft gelegt.

Die Fragen stellte Markus Fels.